

Auffassung bei den verbündeten Regierungen zu begründen. Das eine Motiv, auf welches er hingewiesen hat, ist von dem vorigen Herrn Redner bereits beleuchtet und gewürdigt, nämlich die Erscheinung, daß das Haus in seinen ersten Sitzungen nicht beschlußfähig war. Ich habe noch ein zweites Motiv in seiner Begründung gehört, nämlich daß der Reichstag am Schluß der Legislaturperiode stehe, mithin dem jetzt im Sinne des Antrages zu fassenden Votum von keiner Seite der Anschein eines persönlichen Interesses beigelegt werden könnte. Ich würde meinerseits glauben, daß der Reichstag zu hoch steht, um besorgen zu müssen, daß irgend ein Beschluß, den er in einer politischen Frage faßt, auf das Motiv des persönlichen Interesses würde zurückgeführt werden können, und ich würde deshalb glauben, daß auch vom Standpunkt des Reichstages aus dieses Motiv ein neues Moment in die Sache nicht hineinragt. Jedenfalls ist es aber für die Stellung der verbündeten Regierungen zu der Frage vollkommen gleichgültig; denn die Rücksicht hat bei den verbündeten Regierungen begreiflicherweise nicht obwalten können, dem gegenwärtigen Reichstage Diäten vorzuenthalten.

Ich kann mich also darauf beschränken, zu konstatieren, daß sich in der Stellung, welche die verbündeten Regierungen zu der Frage einnehmen, nichts geändert hat.

Präsident: Der Abgeordnete Dr. Schweizer hat das Wort.

Abgeordneter Dr. Schweizer: Meine Herren, es ist unerquicklich, über eine Frage reden zu müssen, die schon so oft besprochen wurde; allein der Herr Graf Bethusy-Duc nöthigt mich geradezu zu einigen Bemerkungen.

Wenn der Herr Abgeordnete gemeint hat, diejenigen besitzlosen Intelligenzen, die einen bestimmten Wirkungskreis hätten, könnten auch dann nicht hierher kommen, wenn 3 Thaler Diäten gezahlt werden, so scheint mir dies nur so viel zu beweisen, daß 3 Thaler Diäten zu wenig sind: Es giebt jedenfalls einen solchen Höfesaß der Diäten, daß die besitzlosen Intelligenzen hier erscheinen können — und wenn man wirklich einen solchen Werth und ein solches Gewicht auf diesen gesetzgebenden Körper legt, so glaube ich, kann der Staat auch die Diäten in angemessener Höhe ansetzen.

Indessen, meine Herren, weit mehr hat mich eine andere Bemerkung frappirt. Ich muß gestehen, ich habe niemals mit solcher Nonchalance über die größte Frage unseres Jahrhunderts, die sociale Frage, sprechen hören;

(Lachen rechts)

der Herr Abgeordnete hat ganz einfach einfließen lassen in seinen Vortrag: „wer da verhindert ist zu kommen durch Krankheit, irgend welche persönliche Verhältnisse, Besizlosigkeit u. s. w.“ Ja, meine Herren, ist denn die Besizlosigkeit ebenso ein persönlicher Zufall, wie eine vorübergehende Krankheit? Mir scheint, der Herr Abgeordnete sollte bedenken, daß im Staate zwei Klassen gegenüberstehen, deren Kampf sich jeden Tag deutlicher zeigt, die Klasse der Besizlosen und die der Besizenden, und daß die Frage des „Mein“ und „Dein“ unendlich wichtiger ist, als alle Fragen, die Sie hier vornehmen können, auch wichtiger, als die Frage der Todesstrafe, mit der Sie sich gerade jetzt befaßt haben. Wenn dies die Hauptfrage ist, die Frage des Mein und Dein, die sociale Frage mit einem Wort, dann, scheint mir, ist die Besizlosigkeit kein persönlicher Zufall, wie ein anderer, sondern dann wäre es wünschenswerth, daß die Besizlosen hier in diesem Hause auch vertreten sein könnten. So wie die Sache heute liegt, ist dieser gesetzgebende Körper keine Vertretung des Volkes, sondern eine Vertretung allein der Besizenden. Ich glaube, diesen Punkt werden Sie erwägen und werden Sie würdigen müssen. Ich bin mir zwar vollständig bewußt, und es ist dies auch schon von anderer Seite hervorgehoben worden, daß die Ausführungen, die man in dieser Angelegenheit vorbringt, bei den Regierungen keinen großen Erfolg haben werden; indessen das kann nicht davon abhalten, den Sachverhalt hier zu konstatieren.

Ich erlaube mir schließlich nur aufmerksam zu machen auf einen besonderen Umstand, weil man gewünscht hat, neue Gründe zu hören, und ich glaube, daß dieser Punkt noch nicht vorgebracht worden ist. Wenn Sie nämlich beharren bei der Diätenlosigkeit, so glaube ich, sind nur zwei Wege möglich: entweder Sie setzen die Beschlußfähigkeit bedeutend herab und erklären damit, wie haltlos wie ohne alle reelle Grundlage dieser gesetzgebende Körper in der Nation ist; denn wenn man die so schon auf die bloße Hälfte bestimmte Beschlußfähigkeit noch weiter herabsenken muß, so konstatiert man, wie gering die Theilnahme ist. Oder aber, meine Herren, der andere Weg — Sie lassen es beim Alten, und da erlaube ich mir, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß Sie ganz abhängig sind von der Gnade derjenigen, die etwa wollten hier auszuhalten lassen; denn ich behaupte, daß Sie fast immer beschlußunfähig sind.

(Murren.)

Präsident: Die letzte Bemerkung trifft ganz sicher nicht zu!

Präsident: Der Abgeordnete Freiherr von Hoberbed hat das Wort.

Abgeordneter Freiherr v. Hoberbed: Meine Herren, Sie werden von mir wohl nicht erwarten, daß ich hier erklären sollte, daß ich auf dem socialen Standpunkte des Herrn Abgeordneten Schweizer stehe. Das ist nicht im Mindesten der Fall; aber um so mehr muß ich ihm in einem Punkte beitreten, wo ich glaube, daß das Recht auf seiner Seite steht, indem er nämlich sagt, daß im Ganzen die Besizlosen so lange weniger vertreten seien, als von jedem Abgeordneten, der hier zum Reichstage geschickt wird, ein solches Maß von Wohlhabenheit verlangt wird, daß er sich hier unentgeltlich oder aus eigenen Mitteln anhalten kann. So lange, meine Herren, kann er mit Recht zu den Leuten, die sich vorzugsweise an ihn wenden, sagen: jetzt ist das allgemeine Wahlrecht eine Spiegelfechterei. Es ist durchaus nothwendig, daß Jeder, gleichviel ob reich oder arm, so viel erhält, um seine Pflicht im Reichstage üben zu können, wenn er gewählt wird. Das ist der einzige Punkt, der, wenn auch schon früher erwähnt, mir so wichtig scheint, daß ich deswegen ein Paar Worte in die Debatte werfen wollte.

(Beifall links!)

Präsident: Der Abgeordnete Graf v. Kleist hat das Wort.

Abgeordneter Graf v. Kleist: Ich wollte dem Herrn Abgeordneten Schweizer erwidern, daß, wenn er von einem Kampf der Besizlosen gesprochen hat und wenn er meint, solche kämpfende Besizlose in den Reichstag dadurch einführen zu können, daß ihnen Diäten bewilligt werden, ich in diesem Falle mich der Zustimmung fast des ganzen Hauses zu erfreuen hoffe, wenn ich es ausspreche, daß wir derartige kämpfende Besizlose, die den Kampf, den sie vorläufig wenigstens für sich führen, auch hierher übertragen wollen, sehr gerne hier entbehren. Die Stellung, die der Herr Abgeordnete Schweizer in dieser Frage einnimmt, ist ja sehr bekannt. Wenn der Besizlose dadurch zu energischen Anstrengungen von Seiten des Herrn Abgeordneten Schweizer aufgefordert wird, daß ihm die besitzenden Klassen als entschieden feindlich gegenüber gestellt werden, so meine ich, daß der Herr Abgeordnete Schweizer dem ganzen Staatswesen und dem Norddeutschen Bunde keinen Dienst erzeigt; ich meine vielmehr, daß dies erst recht ein Fingerzeig für und sein mußte, daß die Möglichkeit, derartige Besizlose hier im Reichstag zu sehen, uns veranlassen muß, darauf zu bestehen, daß wir die Diäten verweigern. Es ist schon gesagt worden, daß keine neuen Gründe sich anföhren lassen. Ich theile diese Ueberzeugung vollkommen. Es ist nun zum dritten Male, daß die Sache debattirt wird, oder vielmehr zum vierten Mal. Ich entsinne mich, daß bei der letzten Verhandlung des Gegenstandes von dem damaligen Abgeordneten Dr. Waldeck ausgesprochen worden ist, daß seiner Meinung nach der Bundesrath sich in keinem Falle dem entziehen könnte, Diäten zu bewilligen, wenn sich erst der Reichstag wiederholt dahin ausgesprochen haben würde, daß Diäten zu bewilligen seien. Ich möchte Sie (zur Linken) daher ersuchen, die Anwendung dieses Satzes auch auf sich gut zu heißen. Es würde also für den Bundesrath eine vollkommene Parität in der Frage erst hergestellt sein, nachdem der Reichstag sich dreimal für die Bewilligung der Diäten ausgesprochen haben wird. Ich kann wenigstens eine andere Auffassung von dieser Frage nicht gewinnen und noch viel weniger, wenn — wie erst gestern ausdrücklich hier hervorgehoben worden ist — ein Ausdruck des Reichstages als ein direkter Ausdruck des allgemeinen Volkswillens angesehen werden soll.

Präsident: Der Abgeordnete Dr. Regidi hat das Wort.

Abgeordneter Dr. Regidi: Der Herr Abgeordnete Freiherr von Hoberbed hat gesagt, die Diätenlosigkeit mache das allgemeine Wahlrecht zu einer Spiegelfechterei.

(Sehr wahr! links.)

Meine Herren, das berührt ein sehr wichtiges Prinzip. Die Rechtsgleichheit wird nicht dadurch bedingt, daß Alle in der Lage sind, von dem Rechte Gebrauch zu machen.

(Sehr gut! Heiterkeit links.)

Wenn Sie darüber einen Augenblick nachdenken wollten, so würde sich Ihnen mit Gewißheit ergeben, daß diese Frage der Diäten gar nicht in das Gebiet des Rechts gehört und gar nicht die Frage der Rechtsgleichheit berührt, sondern einem ganz anderen Gebiet angehört. Es handelt sich bei Aufhebung der Diätenlosigkeit um die Hinwegräumung der Unterschiede, die man gerne sehen oder zurückweisen kann, gleichviel, nur nicht aus Rechtsgründen; es handelt sich dabei um die Hinwegräumung von Unterschieden socialer, und nicht rechtlicher Natur. Meine Herren, die allgemeine Rechtsgleichheit ist in dem allgemeinen Wahlrechte, wie wir es jetzt besitzen, vollkommen gewahrt. Das, worauf bei dem Antrage, die Diäten einzuführen, hingezielt wird, das berührt ein ganz anderes Gebiet, das berührt eben das sociale Gebiet. Meine Herren, der Gebrauch des allgemeinen Wahlrechts wird natürlich denen verklümmert, welche nicht in der Lage sind, diese socialen Vortheile zu genießen.

(Sehr gut! links.)

Das ist ganz unlegbar; aber ganz dasselbe gilt auch vom Eigenthum, wie von unzähligen andern Rechten.

Ich will nur darauf aufmerksam machen, meine Herren, daß die Gesetzgebung über unsere allgemeine Wehrpflicht allen gebildeten jungen Leuten das Recht gewährt, statt drei Jahre nur ein Jahr im Heere dienen zu dürfen. Das gilt uns als allgemeines Recht der gebildeten Jugend der Norddeutschen Nation; und doch findet auf dieses Recht dasselbe wie auf das diätenlose allgemeine Wahlrecht, das wir jetzt haben, Anwendung: daß außer dem Maße von Bildung gewisse Erfordernisse des Wohlstandes zur Voraussetzung dienen; keinem Menschen ist es aber eingefallen, das als Monopol der Begüterten oder als ein beschränktes Recht hinzustellen, weil unvermögende Gebildete nicht in der Lage sind, davon Gebrauch zu machen.

(Abgeordneter Schweizer: oh, oh!)

Ich wollte überhaupt nur auf die meiner Meinung nach sehr tief greifende und nicht glückliche Verwechslung zwischen Rechtsgleichheit und socialer Gleichheit aufmerksam machen, welche der Aeußerung des geehrten Abgeordneten Freiherrn von Hoberbed zu Grunde liegt.

Präsident: Der Abgeordnete Dr. Löwe hat das Wort.

(Wegen Mangels an Raum müssen wir die Rede Löwe's ausfallen lassen.)

Präsident: Der Abgeordnete von Blandenburg hat das Wort.

Abgeordneter von Blandenburg: Meine Herren: Ich möchte wohl an die geehrten Redner von jener Seite (links) eine einzige Frage richten. Es hat mir geschienen, als wenn die Herren Abgeordneten Dr. Löwe, Dr. Schweizer, von Hoberbed und Dr. Hirsch alle zusammen einen einzigen Gedanken ausgesprochen hätten, nämlich den, daß die arbeitenden Klassen, wenn sie nicht durch Abgeordnete vertreten werden, die drei Thaler Diäten bekommen, hier nicht gehörig vertreten sind. Wollen die Herren sich denn selbst ein Mißtrauensvotum anstellen?

(Heiterkeit.)

Glauben Sie wirklich nicht, daß Sie auch diese Theile der Bevölkerung vertreten, und zu Recht vertreten, mit Fleiß, mit Hingebung, mit Eifer vertreten, die Sie bis zu großer Masse gewöhnt haben? Meine Herren, sehen Sie doch alle unsere Wahlprotokolle durch; wer sind denn diejenigen Leute, die uns hierher geschickt haben? Das allgemeine Stimmrecht hat gerade die Seite, daß wir auf einer großen, breiten Basis stehen. Was dem Einen recht ist, ist dem Andern billig; ich stelle mir nicht dieses Mißtrauensvotum; ich glaube, Sie mögen mir drei Thaler oder zwanzig Thaler Diäten geben, die breite Masse in meinem Wahlkreise wird mich immer wählen, und keine Agitation der Diäten wegen wird herbeiföhren können, daß dies nicht geschieht. Ich glaube, ebenso ist es in Ihren Kreisen; z. B., wo der Herr Dr. Schweizer gewählt ist, wird es noch eine ganze Zeit dauern, bis die Verhältnisse sich so geklärt haben, daß er nicht mehr das Vertrauen der Wähler hat.

(Heiterkeit.)

Also, meine Herren, ich sehe nach dieser Richtung hin wirklich keinen Mangel, ich sehe einen Fortschritt; es scheint mir aus den Reden des Herrn Löwe und namentlich auch des Herrn von Hoberbed hervorzugehen, daß sie für die nächsten Wahlen mit allem Eifer bemüht sein werden, die Interessen dieser Klassen zu vertreten; also weiß ich wirklich nicht, warum es so dringend nothwendig sei, daß gerade nach dieser Richtung hin 3 Thaler Diäten gezahlt werden sollen.

Sodann will ich noch einen Gedanken aussprechen, der gegen das gerichtete ist, was zuerst Herr Dr. Hirsch sagte. Meine Herren, er hat hier darauf exemplificirt, daß bei der Abstimmung über die Beibehaltung oder Nichtbeibehaltung der Todesstrafe 100 Stimmen in diesem Saale gefehlt haben, und dies will er darauf schieben, daß hier nicht Männer mit 3 Thaler Diäten saßen. Nun, wenn sich Jemand mit seinen Argumenten so selber in's Gesicht schlägt, so sollte man doch, glaube ich, auf ein solches Argument nichts geben. Bedenken Sie, was für ein Zeugniß Sie sich selbst und unserer Nation mit der Behauptung ausstellen, daß hier ein einziger Abgeordneter mehr gewesen sein würde bei der betreffenden Abstimmung, wenn wir 3 Thaler Diäten bekommen, daß ein einziger aus diesem Grunde bei einer so hoch wichtigen Sache nicht erschienen wäre. Meine Herren! Bedenken Sie, es war die zweite Abstimmung, es hatten sehr viele Abgeordnete gar nicht gewußt, daß es auf der Tagesordnung gestanden hat, daß gerade heute abgestimmt wird; wir werden erst sehen, welche Zahl sich einfinden werde, wenn es zu einem decisiven Votum über diese Frage kommt. Drei Thaler Diäten oder nicht werden nimmermehr die Sache entscheiden.

(Bravo! rechts.)

Präsident: Der Abgeordnete Freiherr von Hoberbed hat das Wort.

Abgeordneter Freiherr von Hoberbed: Dem Abgeordneten von Blandenburg will ich nur das Eine sagen: wenn er glaubt, daß ich mich hier als Vertreter der arbeitenden Klasse gerire, so irrt er sich. Ich bin Vertreter zunächst meiner gesammten Wähler und demnächst Vertreter des gesammten Volkes und keiner einzelnen Klasse desselben. Im Uebrigen, wenn er mich fragt, ob

ich so wenig Vertrauen zu mir selbst habe, oder ich meine, ich wäre vielleicht nicht der Vertreter, so antworte ich ihm, daß

möglich ist. Ich fühle allerdings in mir eine Unruhe, indem ich mir sage, daß meine Wähler die Auswahl gehabt haben, die ihnen eigentlich (Unruhe rechts.) Sie haben wählen müssen unter Leuten, die viel Wohlhabenheit hatten, daß sie hier auch ohne Diäten sitzen konnten; der Konkurrenz aller Befähigten, auch mittelsten, ausgeföhrt gewesen, so wäre ich nicht gewählt und ich würde Gott dankbar aus solchem Grunde einmal bliebe.

(Bravo! links.)

Präsident: Der Abgeordnete Graf Bethusy-Duc hat das Wort.

Abgeordneter Graf Bethusy-Duc: Meine Herren! Wenn der Freiherr von Hoberbed hat, daß er Vertreter der arbeitenden Klassen sei, weil er Vertreter des allgemeinen Volkes sei, so fasse ich meine Aufgabe gerade auf. Ich betrachte mich als Vertreter der arbeitenden Klassen, weil ich Vertreter des Volkes bin und weil die arbeitenden Klassen sehr wesentlichen Theil des Volkes bilden. Herr, ich bin auch von den arbeitenden gewählt und möchte ein für alle Mal die hervordetonten und, wie ich meine, dürfen, genährten Gegensatz zwischen den besitzlosen und den besitzenden auf das allerentschiedenste entgegenzusetzen. Kampf zwischen diesen Klassen erkennen, weil ein Leben darin ist und ein Kampf mir undenkbar ist, aber ein Kampf, welcher die Voraussetzung der Harmonie trägt und zur Harmonie ringt, das Ringen zur Harmonie verzögert es minder klar dargestellt wird, als es so tragen einen Theil der Schuld, bescheidenen Auffassung, die Bestrebungen des Abgeordneten Dr. Schweizer und Genossen ein solches in der That nicht besteht. von diesem Antagonismus nicht, wie Schweizer rügte, mit Nonchalance deshalb schon nicht, weil ich davon gesprochen habe. Dem Abgeordneten möchte ich mir erlauben entgegenzusetzen, ich allerdings nicht die Verdienste, welche die, wie ich sie nenne, besitzlosen für die Entwidlung unseres preußischen Landes sich erworben hat. Ich habe die Verdienste verkannt, welche unsere Bureaucratie sich für freieitliche unseres preußischen Vaterlandes in nicht übernehmen konnten, weil sie nicht waren. Aber der Herr Abgeordnete geben, daß diejenige Intelligenz, früherer Zeiten unter den Besizenden glaube, mit Unrecht vermüßt hat, nicht da war; ich meine aber, es fehlte zur Zeit einem Theile der besitzenden jene Fleiß, welcher allerdings erforderlich wäre, um ihren reichen Schatz von für das Gemeine zu verwerten. daß er seinen besitzenden Mitbürgern in diesem Fleiße Fortschritte gemacht und wenn er mir zugeben muß, daß solches Intelligenzkapital nicht kleiner der Besizlosen, so wird er mir in der weiter zugeben müssen, daß dasselbe Mittel in seiner Ausbildung gefördert hat, daß es leichter zur Anwendung kommt als der besitzlosen Klassen. Ich meine diesen Streit zwischen den Besizlosen, wer mehr oder weniger durch einmal bei Seite lassen und mich auf das, was mein Freund, der Herr Dr. Regidi gesagt hat, ein größeres Die Rechtsgleichheit existirt für alle. Mangel an Mitteln ist in der That sicher Zustand, ebenso wie das schlecht,

(Heiterkeit.)

welchem gleichfalls nach unserer passiven Wahlrecht nicht zusieht. Meine Herren, Sie werden eine Gleichheit zwischen Männern und Frauen, philosophisch nicht zugeben, doch glaube ich, hat der Abgeordnete nicht die Absicht, den Frauen die Parität zu octroyieren. Es ist die gerade so ein persönlicher Zustand, wie einer vorübergehenden Krankheit zu wie der Abgeordnete Schweizer mir den Mund gelegt hat. Ich meine, gleiche Schranken für alle, geben wir den Bürgern gleiche Anwartschaft, gewährt aber wollen wir die höchste Gerechtigkeit durch darstellen, daß wir die Ungleichheit in der Natur liegen, durch Zwang Jeder Zwang, auch dieser, ist eine Rechtsgleichheit.

(Heiterkeit.)

Präsident: Der Abgeordnete Dr. Regidi hat das Wort.

Abgeordneter Dr. Regidi: Meine Herren, Sie werden eine Gleichheit zwischen Männern und Frauen, philosophisch nicht zugeben, doch glaube ich, hat der Abgeordnete nicht die Absicht, den Frauen die Parität zu octroyieren. Es ist die gerade so ein persönlicher Zustand, wie einer vorübergehenden Krankheit zu wie der Abgeordnete Schweizer mir den Mund gelegt hat. Ich meine, gleiche Schranken für alle, geben wir den Bürgern gleiche Anwartschaft, gewährt aber wollen wir die höchste Gerechtigkeit durch darstellen, daß wir die Ungleichheit in der Natur liegen, durch Zwang Jeder Zwang, auch dieser, ist eine Rechtsgleichheit.

Präsident: Der Abgeordnete Dr. Regidi hat das Wort.

Dr. Schweiger: Meine Herren, absolut unter den Ständen zu suchen, die von Hause aus die Mittel haben, ein solches Opfer dem allgemeinen Interesse des Vaterlandes zu bringen. Ja, meine Herren, das ist die Seite der Sache, die mich nicht am meisten interessiert. In der tatsächlichen Beschränkung des passiven Wahlrechts, in der Unmöglichkeit, eine Menge Leute zu wählen bei Nichtgewährung von Diäten und Richterstattung der Reisefkosten, weil sie nicht die Mittel dazu haben, jedes Jahr viele Monate immer wieder hier auszuhalten, darin liegt für mich hauptsächlich eine Beschränkung des aktiven Wahlrechts. Was ist denn der Sinn des allgemeinen gleichen aktiven Wahlrechts? Es soll Jeder im Volke, der überhaupt zum Wählen berufen und zugelassen ist, also jeder selbständige Mann, den wählen können, den er am meisten für befähigt zu seiner Vertretung hält. In demselben Moment also, wo Sie durch die Versagung von Diäten tatsächlich eine große Zahl von Leuten von der Wählbarkeit ausschließen, beschränken Sie das aktive Wahlrecht, denn Sie entziehen einer ganzen Kategorie solcher, welchen das Vertrauen der Wähler sich zuneigt, die Möglichkeit, dem zu entsprechen. Das kann man dem Herrn Abgeordneten Regidi zugeben, die formelle Rechtsgleichheit ist dabei freilich gewahrt, es kann ja Jeder gewählt werden, auch wenn er ohne Diäten die Wahl nicht annehmen kann. Aber eine solche tatsächliche Verkümmern der allen Bürgern gewährtesten gleichen Rechte, die den Zweck des verliehenen Rechts vereitelt, ist weit gefährlicher, als eine Rechtungleichheit selbst.

Und nun wende ich mich zu den verehrten Herren dieser Seite (nach rechts) und möchte Ihnen zu Gemüthe führen, daß gerade der Herr Graf Bethusy-Huc und die Reisten von Ihnen, welche die Diäten für die Landesvertretung verwerfen, gegen diesen Punkt außerordentlich sündigen, daß Sie in der Praxis für sich ganz andere Grundsätze in's Leben führen, als Sie hier für die Volksvertretung empfehlen. Wie steht es denn mit den preussischen Communal-Landtagen? wie steht es denn mit den preussischen Diäten? Da sind ja die Reisten von Ihnen theilhaftig, und da haben wir ja zum großen Theil Diäten, die sogar im Satz über die Landtags-Diäten hinausgehen.

(Unruhe rechts.)

Ja, meine Herren, wie können Sie denn nun hier so debuciren? Das ist ja eine ganz eigenenthümliche Geschichte. Sehen Sie einmal: wenn es sich um Beratungskörper handelt, in denen Sie nach deren Einrichtung schon von selbst die Majorität haben, wo man Ihnen gar nicht da zwischen kommen kann, da halten Sie die Diäten für sich fest. Aber sobald es sich um Beratungskörper handelt, wo die Diätenlosigkeit Ihnen zu sichern scheint, daß meist solche Elemente, die Sie wünschen, hineinkommen, da sind Sie gegen die Diäten, meine Herren.

Ich schließe damit, daß ich dem Herrn Grafen von Bethusy-Huc auf seine bilderreiche Rede mit einem einzigen von ihm aufgenommenen Bilde antworte: „Gutta cavat lapidem“ das hat er als unser Motiv, weshalb wir immer mit dem Antrage wieder kommen, proklamirt. Ich acceptire dies absolut. Indem er uns die Rolle des aushöhlenden Tropfens übergab, hat er uns das belebende Prinzip einer fortlaufenden unaufhaltbaren Strömung, das Prinzip des ewig Flüssigen, welches dem Geiste gebührt, vindicirt; indem er den lapis, die todtte Materie, das ewig starre Festhalten, das sich doch am Ende der Aushöhlung durch den Tropfen unterwerfen muß, für sich und seine Freunde in Anspruch genommen hat, — kann ich gar nichts dagegen einwenden, meine Herren!

(Heiterkeit und Bravo links.)

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung.

(Die Abstimmung ergiebt, daß zur Tagesordnung übergegangen, der Antrag auf Diätenertheilung also nicht angenommen wird.)

absolut unter den Ständen zu suchen, die von Hause aus die Mittel haben, ein solches Opfer dem allgemeinen Interesse des Vaterlandes zu bringen. Ja, meine Herren, das ist die Seite der Sache, die mich nicht am meisten interessiert. In der tatsächlichen Beschränkung des passiven Wahlrechts, in der Unmöglichkeit, eine Menge Leute zu wählen bei Nichtgewährung von Diäten und Richterstattung der Reisefkosten, weil sie nicht die Mittel dazu haben, jedes Jahr viele Monate immer wieder hier auszuhalten, darin liegt für mich hauptsächlich eine Beschränkung des aktiven Wahlrechts. Was ist denn der Sinn des allgemeinen gleichen aktiven Wahlrechts? Es soll Jeder im Volke, der überhaupt zum Wählen berufen und zugelassen ist, also jeder selbständige Mann, den wählen können, den er am meisten für befähigt zu seiner Vertretung hält. In demselben Moment also, wo Sie durch die Versagung von Diäten tatsächlich eine große Zahl von Leuten von der Wählbarkeit ausschließen, beschränken Sie das aktive Wahlrecht, denn Sie entziehen einer ganzen Kategorie solcher, welchen das Vertrauen der Wähler sich zuneigt, die Möglichkeit, dem zu entsprechen. Das kann man dem Herrn Abgeordneten Regidi zugeben, die formelle Rechtsgleichheit ist dabei freilich gewahrt, es kann ja Jeder gewählt werden, auch wenn er ohne Diäten die Wahl nicht annehmen kann. Aber eine solche tatsächliche Verkümmern der allen Bürgern gewährtesten gleichen Rechte, die den Zweck des verliehenen Rechts vereitelt, ist weit gefährlicher, als eine Rechtungleichheit selbst.

Und nun wende ich mich zu den verehrten Herren dieser Seite (nach rechts) und möchte Ihnen zu Gemüthe führen, daß gerade der Herr Graf Bethusy-Huc und die Reisten von Ihnen, welche die Diäten für die Landesvertretung verwerfen, gegen diesen Punkt außerordentlich sündigen, daß Sie in der Praxis für sich ganz andere Grundsätze in's Leben führen, als Sie hier für die Volksvertretung empfehlen. Wie steht es denn mit den preussischen Communal-Landtagen? wie steht es denn mit den preussischen Diäten? Da sind ja die Reisten von Ihnen theilhaftig, und da haben wir ja zum großen Theil Diäten, die sogar im Satz über die Landtags-Diäten hinausgehen.

(Unruhe rechts.)

Ja, meine Herren, wie können Sie denn nun hier so debuciren? Das ist ja eine ganz eigenenthümliche Geschichte. Sehen Sie einmal: wenn es sich um Beratungskörper handelt, in denen Sie nach deren Einrichtung schon von selbst die Majorität haben, wo man Ihnen gar nicht da zwischen kommen kann, da halten Sie die Diäten für sich fest. Aber sobald es sich um Beratungskörper handelt, wo die Diätenlosigkeit Ihnen zu sichern scheint, daß meist solche Elemente, die Sie wünschen, hineinkommen, da sind Sie gegen die Diäten, meine Herren.

Ich schließe damit, daß ich dem Herrn Grafen von Bethusy-Huc auf seine bilderreiche Rede mit einem einzigen von ihm aufgenommenen Bilde antworte: „Gutta cavat lapidem“ das hat er als unser Motiv, weshalb wir immer mit dem Antrage wieder kommen, proklamirt. Ich acceptire dies absolut. Indem er uns die Rolle des aushöhlenden Tropfens übergab, hat er uns das belebende Prinzip einer fortlaufenden unaufhaltbaren Strömung, das Prinzip des ewig Flüssigen, welches dem Geiste gebührt, vindicirt; indem er den lapis, die todtte Materie, das ewig starre Festhalten, das sich doch am Ende der Aushöhlung durch den Tropfen unterwerfen muß, für sich und seine Freunde in Anspruch genommen hat, — kann ich gar nichts dagegen einwenden, meine Herren!

(Heiterkeit und Bravo links.)

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung.

(Die Abstimmung ergiebt, daß zur Tagesordnung übergegangen, der Antrag auf Diätenertheilung also nicht angenommen wird.)

Wahlreform kein wahres Wort sei, aber über das Die? der Reform ist noch nicht der geringste Aufschluß gegeben, und die Besorgniß, daß man sich schließlich mit einer Verdoppelung der Zahl der Abgeordneten begnügen werde, erhält sich. Jedemfalls wird nicht das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, welches die österreichischen Arbeiter fordern, ihnen zugestanden werden. — Ueberhaupt hat sich das „Bürgerministerium“ auf's Neue wieder in seiner „Arbeiterfreundlichkeit“ gezeigt. Fünf der sog. Arbeiterführer Wien's sind angeblich wegen Hochverraths verhaftet. — Charakteristisch für die Art und Weise, wie in Oesterreich die Arbeiterbewegung auch von Seiten der Geschworenengerichte verfolgt wird, ist das „unparteiische“ Resumé (Zusammenstellung des Thatbestandes), welches der Präsident eines Wiener Gerichtshofes vor dem Wahrspruch der Geschwornen in einem Socialisten-Prozesse abgab; er erklärte zum Schluß:

Der Angeklagte versichert, daß die Partei der Arbeiter nicht gegen seine Kämpfe, welche mit den Gehäusen ihr Handwerk leben. Wenn irgend etwas, so kann man das dem Angeklagten glauben. Der unbedeutende Mann, der im Schweiße seines Angesichts arbeitet, ist nicht der Gegenstand des Neides dieser Partei. An die Pforte der Bekleidenden klopfen die Social-Demokraten mit dem Ruf: Laßt uns an euren Tisch setzen, laßt uns theilen mit euch, laßt uns Antheil nehmen an eurem Wohlstand! Die Association wollen sie, aber nur den Gewinn wollen sie, der Verlust, den der Unternehmer riskirt, soll sie nicht treffen. Der Klasse, gelbe Neid ist es, welcher sie interessiert, wenn sie diejenigen angreifen, welche ihren Töchtern Hunderttausende als Mitgift geben können. — Noch einmal, denken Sie an Ihren Schwur! Schaffen Sie dem Geiste Geltung! Ich entlasse Sie mit der Hoffnung, daß Ihre Wahrsprüche ein gerechter und wehnermöglicher sein wird.

Die Geschwornen, brave Spießbürger, besaßen diesen Wink mit dem Zaunpfahl-famos. Ihr Wahrspruch lautete: „Schuldig der Aufreizung zu Feindseligkeiten, Haß, Verachtung u. s. w.“

In Spanien beginnt sich zum ersten Mal das Arbeiterproletariat als Klasse zu regen; es sind die ersten sozialen Zustände, welche den Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat einleiten, erfolgt. Wie im Jahre 1832 das französische Proletariat seine Forderungen gegenüber dem durch die Revolution von 1830 erhobenen Bürgerkönigthum geltend machte, wie 1849 in Deutschland die proletarische Bewegung sich durch einzelne locale Kundgebungen ankündigte, so folgt jetzt in Spanien, dem entscheidenden Sieg der Bourgeoisie über Adel und Pfaffen, dem die letzte Revolution gebracht hat, die erste Regung des Proletariats als selbständiger Klasse. Wir haben bereits früher erwähnt, daß eine Massen-kundgebung von Arbeitern zu Madrid erfolgt ist, welche genau jenen gleich, in denen sich das erste Aufklammern des sozialen Klassenkampfes in den höher entwickelten Industriestaaten Europa's widerspiegelt.

Tausende von Arbeitern sind am 20. Februar zu Madrid früh Morgens an dem „Salon de Prado“ genannten Orte zusammengetreten, um eine „Kundgebung des Glends“ zu veranstalten. In langem, schweigsamem Zuge begab man sich nach dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten und zerstreute sich, als man den Minister nicht getroffen, unter der Verabredung, um zwei Uhr auf dem Prado von Neuem zusammenzutreten. In der Zwischenzeit hatten die Wortführer der beschäftigungslosen Arbeiter, unter Leitung von Romero Quinones den Minister der öffentlichen Arbeiten Echegaray in seiner Privatwohnung aufgesucht und ihm den Wunsch der Arbeiter: Arbeit zu erhalten, mitgetheilt. Echegaray gab die Versicherung, seinerseits Alles thun zu wollen, um das Loos der Arbeiter zu erleichtern. Um zwei Uhr theilte eben die Commission den von Neuem versammelten Arbeitern die Antwort des Ministers mit, als sich plötzlich zahlreiche Polizisten auf die Menge stürzten und dieselbe aufforderten, sich zu zerstreuen. Ein blutiger Conflict würde ohne die Dazwischenkunft des Provinzialgouverneurs Moreno Venitez das Resultat gewesen sein. Wütend stellte der Menge und den Wortführern derselben vor, daß die Versammlung ungesetzlich sei, da die vorgeschriebenen Formalitäten nicht erfüllt seien. Die manifestirenden Arbeiter gingen unter vollständigem Schweigen auseinander, nachdem die Commission von dem Gouverneur die Erlaubniß erbeten hatte, am folgenden Tage an einer Stelle außerhalb der Stadt, genannt Cuesta de los Areneros eine Versammlung halten zu dürfen. Die Wortführer der Arbeiter begaben sich dann in die Kammer, um einem Deputirten der Linken eine Petition zu überreichen, deren Wortlaut wir bereits in der vorigen Nummer mitgetheilt haben. Eine seltsame Laune des Zufalls wollte, daß der Deputirte, den man mit Ueberreichung dieser Petition betraute, den Namen, Luis Blanc, führt. Am 22. hat in der Cuesta de los Areneros die angesagte Versammlung stattgefunden. Die Commission mahnte zu ruhigem Erwarten der Antwort auf die Petition, selbst wenn dieselbe einige Tage ausbleiben sollte. Die Majorität der Versammlung war für sofortige weitere Schritte. In Folge dessen begab sich die Commission zu dem Provinzialgouverneur, wo dieselbe zufällig den neuen Alcaden von Madrid, Galdo, traf. Beide Beamte gaben das feste Versprechen, Arbeit für die Nothleidenden „zu erfinden“. Als man noch verhandelte traf Luis Blanc ein, der nach einer langen Conferenz mit Gouverneur und Alcade die

Commission in die Versammlung zurückbegleitete, wo er eine Rede hielt, in der er sich verpflichtete ein Gesetz einzubringen, durch welches eine Act Arbeiterbank genehmigt werden soll. Die Fonds derselben würden zur Errichtung von Gebäuden benutzt werden, in welchen Tausende von Arbeitern Wohnung finden könnten. Unter dessen waren von Seiten der Behörden „Vorsichtsmaßregeln“ getroffen worden und Moreno Venitez brachte in einem Bando in Erinnerung, daß nach einem (beiläufig bemerkt, von der Verfassung unabweislich beseitigten) Dekrete die Behörden von öffentlichen Manifestationen 24 Stunden vorher unter Angabe des Ortes unterrichtet werden müßten. — Es ist offenbar, daß sowohl die Vorschläge dieses Luis Blanc als auch das, was die Regierung beschließen wird, nicht im entferntesten socialistische Maßregeln sein werden, sondern höchstens ähnliche Einrichtungen, wie die berühmtesten pariser Nationalwerkstätten des Jahres 1848. Die Lage der Arbeiter, wird von keiner der herrschenden Parteien Spaniens, die, republikanisch oder monarchisch, sämtlich Bourgeoispartien sind, ernstlich gebessert werden. Und es wird, wenn nicht alle Vorzeichen trügen, gar bald die socialistische Bewegung in Spanien in stürmischer Weise losbrechen und der Klassenkampf auch dies Land erschüttern.

Zur socialistischen Bewegung in Rußland, welche der dortigen Regierung einen so gewaltigen Schrecken eingezagt und die russische Polizei zu der schmachvollen Hetzjagd, die wir bereits erwähnten, veranlaßt hat, können wir noch eine interessante Enthüllung machen. Reichsoberst, der von der russischen Regierung verfolgte Agitator theilt in dem in Voce erscheinenden socialistischen Blatte „Le Progrès“ folgende Einzelheiten über sein Schicksal mit:

Ich war auf den Wunsch meiner Freunde heimlich wieder in mein Vaterland zurückgekehrt, um neuerdings in die Reihen der Kämpfer für die Freiheit Rußlands zu treten. Durch Unthätigkeit eines der Unserigen oder vielmehr durch einen unvorhergesehenen Zufall wurde meine Rückkehr ruhmlos. Der Literat und Spion Kaitoff hielt es für seine Pflicht, die Gerichte, die über mich urtheilen, in seinem Journal (der „Moskauer Btg.“) zu sammeln. Die Polizei vernichtete auf diesen Bericht ihres Agenten die ihre Nachforschungen. Ich wurde bald darauf in einer kleinen Provinzialstadt gefangen genommen und — wie dies bei politischen Organen Regel ist — ohne Urtheilsspruch zur Galeerenstrafe verurtheilt. Aber einer der Chefs der dritten Section (geheime Polizei) begünstigte sich nicht damit, mich in das Bagno zu schicken; er gab den Befehl, mich heimlich zu erwidern. Prägel und Enthaltungen alles Art blieben mir nicht erspart. Auf dem Wege nach Sibirien sollte jener Befehl zur Ausführung kommen. Es wäre nun mein Leben gesehen gewesen, hätten nicht glücklicher Weise meine Freunde gewacht. Ihrem Muth verdanke ich es, daß ich lebend, wenn gleich zerstückelt, aus den Händen meiner Feinde gerettet wurde. Die Häcker des Despotismus sind ebenso geldgierig als verwegend; für Geld würden sie ihre eigenen Chefs nicht bloß verurtheilen, sondern auch erschossen haben. In den hohen Beamtentreihen zweifelte man keinen Augenblick daran, daß ich auf dem Wege nach Sibirien auf die Seite geschickt worden sei. Aber ein unglückliches Zusammenreffen von unerwarteten Umständen brachte den Schwern, der den Häuptern unserer Unterdrücker drohte, zu früh zum Ausbruch. Die Behörden erfuhr bald darauf, daß ich ihren Nachforschungen entronnen sei, und man beschloß, mich mit allen möglichen Mitteln aus dem Wege zu schaffen. Die literarische Meute der dritten Section übergoß mich mit Schmähungen und Anschuldigungen, um mich meines guten Rufes zu berauben und mir das Ausstehen eines Asyls unmöglich zu machen. Reichsoberst erzählte nun, wie in Folge einer schon vor zehn Jahren verfertigten falschen Photographie, mit welcher die Spione und Polizeidiener versehen wurden, mehrere Personen ingerathen verhaftet und die Gerichte, er sei gefangen, wiedererufen wurden. Er fährt fort: Ich war sehr erfreut über die Gerichte, welche über meine angebliche Reise ins Ausland im Umlauf waren; denn je größer der Raum, in welchem die Verfolgungen angestellt werden, um so leichter die Möglichkeit des Entkommens. Um von den auswärtigen Staaten die Auslieferung zu verlangen, hat die russische Regierung mich der Antheilnahme an dem neulich stattgefundenen Morde eines gewissen Iwanow beschuldigt und offiziell der Polizei der auswärtigen Staaten anempfohlen, mich als Mörder abzulassen. Ueberdies hat man die Anfertigung falscher Bank-Billets zum Vorwand genommen, um in den Häusern russischer Emigranten, von denen selbst einige verhaftet wurden, Nachforschungen anzustellen. Und die Behörden der europäischen Staaten theilten diesen russischen Vorpiegelungen Glauben geschenkt und der russischen Polizei das Recht eingeräumt zu haben, in Europa herum nach mir zu spähen. So sind sogar auch in der durch ihren Liberalismus hochberühmten Schweiz einige Handdurchsuchungen, z. B. bei Voukwaß, Raichmoff u. A. vorgenommen worden. Wer, so ruft Reichsoberst aus, hätte es erwartet, daß die europäischen Staaten, welche auf ihrer liberalen Institutionen stolz sind, den Vagabunden Alexanders II. erlauben würden, sich über dieselben lustig zu machen? Mit Bedauern muß ich es sagen, daß diese Länder auf die Protection Derjenigen, welche bei ihnen Schutz gegen die Verfolgungen des Tyrans und die Barbarei seiner Minister suchen, verzichtet zu haben schienen. Sollte es möglich sein, daß im Westen selbst die republikanischen Staaten den russischen Spionen die Hand bieten? Es soll also wahr sein, daß ein Mann, der die Größe des Despotismus nicht ertragen kann und folglich ein Feind seiner Regierung ist, in einem andern Staate kein Asyl finden kann.

An obige Erklärung Reichsoberst's müssen wir zur Klarstellung der russischen Parteiverhältnisse noch eine Bemerkung knüpfen. Vor nicht langer Zeit erschienen in der Berliner „Zukunft“ und verschiedenen anderen Blättern der sogenannten Volkspartei eine Reihe der gehässigsten Angriffe gegen den russischen Flüchtling Valunin, welcher bekanntlich der Hauptleiter der socialistischen Partei ist, der auch Reichsoberst angehört. Es wurde in den betreffenden Artikeln Valunin mit dem in obiger Erklärung Reichsoberst's als Spion gebrandmarkten Literaten Kaitoff auf eine Linie gestellt, und ihm vorgeworfen: er wirke im Interesse der

russischen Reaktion. Durch die neuesten Vorgänge in Russland ist jetzt unumstößlich bewiesen, daß die Partei Katkows zwar der russischen Regierung Spionendienste leistet, daß aber Balunin der sozialistischen Umwälzung vorarbeitet. Die Verdächtigungen der Volkspartei sind somit wieder einmal als Unwahrheit enthüllt.

Die Vereinigten Staaten dehnen ihre Macht immer weiter aus. Jetzt schließt sich auch die Republik Domingo, der östliche Teil der Insel Haiti, ihnen an. Aus London wird telegraphisch berichtet: „Aus Newyork wird gemeldet: Die Volksabstimmung in der Republik Domingo ergab eine anfängliche Mehrheit zu Gunsten des Anschlusses an die Vereinigten Staaten.“ Aller Wahrscheinlichkeit nach wird der westliche Teil Haiti's, die bisher von Bürgerkrieg zerrissene Regierung Haiti bald gleichfalls den Vereinigten Staaten anheimfallen; dasselbe gilt von der Insel Cuba.

Vereins-Theil.

(Für den Allg. deutsch. Arbeiter-Verein.)

Unterthür, 1. März. (Agitation in der Schweiz.) Ich kann den Parteigenossen mitteilen, daß wir bemüht sind, trotz der verschiedenen Parteistimmungen, die hier herrschen, das Banner der Social-Demokratie überall zu entfalten. Die ersten Rekruten sind angeworben und rufen sich, um auf dem Schlachtfelde vorzutreten. Eine Correspondenz mit Zürich scheint sich zu bewähren, und wir hegen die Hoffnung, auch dort bald eine neue Mitgliedschaft ins Leben treten zu sehen. Nach einer Mitteilung unseres hiesigen ersten Arbeiterabgeordneten Krebber theile ich mit, daß derselbe von Seiten der Bourgeoisie furchtbar zu leiden hat. Sie hat ihm nicht nur sämtliche Arbeit entzogen, sondern verurtheilt ihn auf jede Art, um ihm ein Auskommen unmöglich zu machen. Jedoch versicherte Krebber mir, sich durch nichts breiten zu lassen und für der Arbeiter Recht bis zum letzten Blutstropfen einzusetzen. Wir wenig dies aber die Arbeiter des Kantons Zürich zu schätzen wissen, zeigt, daß sie ihn in keiner Weise unterstützen. Ob es in der Deffinitivität ihrer Abgeordneten zu unterstützen, so geschieht nicht, sondern es liegt der hiesige Bildungsverein nebst seiner Freundin der Internationalen im letzten Schlaf. Was sagen dazu die „Christen“ und die gesammten Mehrheiten, welche sich die Internationalen anpreisen und mich, besonders in der letzten Zeit, mit loslosen internationalen Maculatur überschwenken haben? — Nun, bei dieser Frage gähnen gewiß auch sie. Fragen wir nun weiter: was hat der deutsche Arbeiter-Verein in der Schweiz seit seiner Gründung im den 25 Jahren seines Bestehens getan? Die Antwort ist: er hat verstanden, die Arbeiter so in Dummheit hineinzuhalten, daß sie jetzt noch nicht wissen, was sie ihrem ersten Abgeordneten schuldig sind. Man denke sich, daß ich unsere Mitgliedschaft die Einzige gewesen ist, welche einen Dank, in der Deffinitivität abstattete. Nun ich hoffe, unser Allg. deutsch. Arbeiter-Verein wird den Herren zeigen, was derselbe, seit seinem kurzen Bestehen, bei den Wahlen in diesem Jahre zu leisten vermag. Ferner bringe ich im Auftrage unserer Mitgliedschaft den Parteigenossen zur Kenntniß, daß jedem hier zureichenden Mitgliede, welches sich durch Besetze über regelmäßig gezahlte Beiträge legitimieren kann, gute Aufnahme, freies Nachlager u. s. w. gesichert wird. Bereisende wollen sich melden in meiner Wohnung, Obergasse, zur Demuth.

Parteigenossen knüpft selber das Band der Brüderlichkeit, es wird uns stark machen und uns einem baldigen Siege zuführen!

Mit social-demokratischem Gruß

Gustav Kießling.

Herr Krause berichtet aus Olderslo über eine stark besuchte Volkerversammlung, die am 27. Febr. abgehalten wurde unter dem Vorsitz des Herrn Gerken. Herr Hartmann aus Hamburg hielt einen Vortrag über die Principien des Allg. deutsch. Arb.-Vereins und seine Organisation, sowie über die socialen Bewegungen der Vorzeit. Eine Schilderung der Lage der Bergarbeiter im Harz war sehr ergiebig. Obgleich mehrere Schulstörer anwesend waren, erfolgte keine Opposition; vielmehr fanden mehrere Einzeichnungen statt. Der Berichtsteller schließt mit der Bemerkung: „Wir haben hier noch sehr viel mit der Unthätigkeit der Massen zu kämpfen. Doch wie stehen wir und wanken nicht.“

Bei der Präsidentenwahl haben, wie wir nachträglich bemerken, in Heutenstamm 24 Mitglieder einstimmig Herrn Dr. v. Schweiger gewählt. Die Einsetzung des Wahlreferats an den Sekretäre ist durch ein Versehen verzögert worden.

Die wenigen gegen die Ernennung der Bevollmächtigten u. s. w. eingelaufenen Reklamationen finden ihre Erledigung bei den in nächster Zeit erfolgenden weiteren Ernennungen. Die neuen Mitgliedschaften, sowie mehrere ältere werden ersucht, ihre Vorschläge zu Bevollmächtigten, Beitragsamtern und Revisoren schriftlich an den Sekretäre einzusenden, damit sie bei der nächsten Veröffentlichung berücksichtigt werden können.

Neue Ausbreitung des Vereins hat stattgefunden in Schwabach, Ober-Neuland, Wildemann und Alderslo.

Verbands-Theil.

(Für den Allg. deutsch. Arbeiterschafts-Verband.)

Allgemeiner deutscher Maurer-Verein.

Berlin, 3. März. (Zur Beachtung.) In der hiesigen Mitgliedschaft wurden die Herren Bergemann zum Kassierer der Lokalfasse und Rundi zum Kassierer gewählt, sowie zu Revisoren der Lokal- und Centralkasse die Herren Graß, Rohms und Kabel. Mit social-demokratischem Gruß

Der Schriftführer (Stellvertreter) Willmer.

Allg. Tabak- und Cigarrenarbeiter-Gewerkschaft.

Ottensen, 1. März. (An die Mitglieder.) Wieder sind zwei neue Glieder der Reihe von Mitgliedschaften, welche sich durch Deutschland erstreckt, beigefügt: Heide in Holseln und Minden in Westphalen. Eine jeder seine Pflicht in der Agitation, dann sind wir bald am Ziel. Der Vortrag ist vom 1. April an, laut Beschluß des Directoriums und Ausschusses, auf 1 Sgr. pro Woche festgesetzt. Bei Bestellungen von Karten und Reifelegitimationen bitte ich, die gewünschte Zahl anzugeben. Mit social-demokratischem Gruß

Georg Winter.

Allg. deutsche vereinigte Metallarbeiter-Gewerkschaft.

Koblenz bei Solingen, 1. März. (Stille.) Arbeiter Deutschlands! Der Aufbruch der hiesigen Fabrikanten

hat auch und gezwungen, mit dem heutigen Tage die Arbeit niederzulegen. Der Grund ist ein zumaliger Abzug, der unsere Lage so gestaltet hat, daß wir nicht mehr existieren können. Das Material, welches wir selbst beschaffen müssen, ist wenigstens 50 Proz. theurer als früher; z. B. kostet ein Schloßstein, welcher vor 6 Jahren 10 Thlr. kostete, jetzt 17 Thlr. kostet, dabei werden wir bald die Hälfte, bald indirekt mit Waare bezahlt, wobei uns ein Pfund Butter 14 Sgr., ein Pfund Kaffee 17 Sgr. kostet u. s. w. Unsere Forderung besteht nun bloß in 10 Proz. Lohnerhöhung und Abschaffung der direkten und indirekten Waarenzahlung. Arbeiter Deutschlands, wir haben mit keinem großen Capital zu kämpfen; öffnete eure Bruderhand und unterstützt uns etwas, und wir haben längstens in 14 Tagen einen Sieg errungen, welcher zwei Wahlkreise in gute kommt, den Kreisen Solingen und Lennep-Neitmann. Hunderte von Arbeitern rufen ihre Hilfe auf unsere Arbeitseinstellung und auf unsere Erträge in Deutschland. Helft und der Sieg ist unser. Einmalige Unterstützungen sind zu senden an Carl Reuhoff, Koblenz bei Solingen. Im Auftrage der streikenden Arbeiter die Unterstüßungs-Kommission:

G. Lichtenberg, Rud. Wolfert, Anton Schmidt.

Zur Nothlage der Postbeamten.

Wie die Unterbeamten in Norddeutschland im Großen und Ganzen bei dem allgemeinen Nothstande, der auch sie in ähnlicher Weise trifft, wie die eigentlichen Lohnarbeiter, gestimmt sind, davon möge nachfolgender Abdruck eines Briefes, den ein Postsekretär aus einer der bedeutendsten Städte des Norddeutschen Bundes an den Reichstagsabgeordneten Hasenclever gerichtet hat, Beweis geben. Wir werden zum näheren Verständniß dieses Briefes noch zum Schlusse einige Bemerkungen über die erwähnte Petition und über die Sachlage selbst uns erlauben. Der Brief lautet:

Was die einzelnen Punkte der Petition betrifft, so wären dazu noch einige Bemerkungen erforderlich. Der Remunerationsfonds setzt die Verwaltung in den Stand, ganz nach Belieben ihre Gaben zu verteilen zu können. Wer durch Servilismus sich beliebt zu machen versteht, kann daraus rechnen, Unterstüßungen, Gratifikationen und dergleichen Gnadenbeweise zu erhalten. Wie nachtheilig ein solches Verfahren auf die Moral wirkt, davon hat man die Beispiele vor Augen. Die Barcentratie ist wohl bei keiner andern Verwaltung so ausgeprägt, wie bei der Post. Wer Karriere machen will, muß sich zum Werkzeug des Ober-Postdirectors machen, der dem Generaldirector gegenüber zwar keinen Willen haben darf, desto mehr Gewalt aber seinen Untergebenen gegenüber besitzt. Der Remunerationsfonds giebt der Behörde nur die beste Handhabe, einen möglichst unterwürfigen Stand bei den Beamten zu erhalten.

In dem Etat sind bisher die Minimal- und die Maximalhöhe der Gehälter angegeben, so daß eine Controlle über die Ausführung des Etats gar nicht möglich ist. Daß er nicht ausgeführt wird, glaube ich bestimmt unsern Mitgliedschaft zu können, da wir kein Postsekretär trotz mehren Entschuldigungen bekannt geworden ist, der das Maximalgehalt überschreitet. Alle Secretaire mit wenigst und mehr als 6000 Thlr. bleiben Jahr ein Jahr an demselben Gehalte von ca. 600 Thlr. Verlangen kann Niemand eine Zulage, da wir ganz rechtlos sind, wir müssen es als Glück betrachten, wenn wir Zulage erhalten, da wir nicht einmal wissen, nach welchem Princip Gehaltszulagen erteilt werden. Die Entschleunigen der letzten Jahre machen jede Vorherberechnung illusorisch, dringend notwendig ist es deshalb, daß eine Scala aufgestellt wird, nach welcher die Gehaltsfestsetzung erfolgt, z. B. Anstellung als Secretaire mit 500 Thlr., von 3 zu 3 Jahren eine Zulage von 50 Thlr. bis zur Erreichung des Durchschnittsgehältes und dann von 5 zu 5 Jahren eine Zulage von 50 Thlr., bis das Maximalgehalt erlangt ist. Auf diese Weise läme Noth bei in unsere Verhältnisse und würden Fälle unmöglich, daß Beamte sich mit Schreden sel's gesagt) bei dem Ober-Postdirector gehorsamst bedanken, wenn sie Zulage erhalten. Wir wollen unter Gehalt nicht als einen Gnadenbrocken, wir verlangen unser Recht, wie jeder Arbeiter seinen Lohn zu verlangen hat. Die Erbsparnisse aus den Besoldungen stehen im engen Zusammenhang mit der Frage der letzten Jahre, wozu sich Niemand weiß, ob und wann er einmal auf Zulage rechnen kann. Wenn die Regierung in Geldnoth war, wurde Herr v. Philippborn aufgesordert, in seiner Verwaltung zu sparen. Anstatt nun als Fürsorger seiner Beamten aufzutreten und der Regierung zu sagen, in welcher trostlosen Lage die Leute seines Ressorts sich befinden, wurden dem armen verplagten Postbeamten die paar Thaler vorenthalten, auf die er mit Schmerzen schon lange gehofft. — Heber die Unzulänglichkeit der Gehälter ist genug geschrieben, als daß ich dieses specieller zu erwähnen brauchte. — Da Herr v. Philippborn jedenfalls angegeben wird, daß umfassende Gehaltsverbesserungen stattgefunden hätten, so will ich Ihnen nur eine Probe geben, wie man hier die Gehälter verbessert. Die Expedienten hatten hier früher 150 Thaler Ortszulage, die widersinnlich war. Soll nun Jemand eine Gehaltszulage erhalten, so zieht man ihm ebensoviele von der Ortszulage ab und nennt dieses dann Zulage. Die Secretäre hatten früher hier 200 Thlr. Ortszulage, im vorigen Jahre hat man uns dieselbe um 50 Thlr. vergrößert, und wer weiß, wie lange wir den Rest behalten. — Ob dem Norddeutschen Bunde damit gedient ist, daß solche Zustände herrschen, glaube ich bezweifen zu können, ich kann mir auch nicht denken, daß die deutschen Beamten sich zu dem Bunde hingezogen fühlen, der die einzigen Beamten (Post und Telegr.), die er hat, so lässig behandelt.

Wir bemerken nun in aller Kürze zu diesem höchst interessanten Briefe, daß die an den Reichstag von vielen Postbeamten eingereichte Petition zunächst auf Erhöhung des Gehältes zielt, dann aber auch die ungleichmäßige Stellung der Postbeamten gegenüber den Beamten anderer Zweige der Verwaltung betont. Wir sind vollständig für die Besserung der Lage der Postbeamten und zwar nicht allein aus dem Grunde, weil wir die Besserung der Lage aller Nothleidenden anstreben, sondern auch weil wir wohl wissen, welche Ansprüche an die Arbeitskraft der Postbeamten gemacht werden und gemacht werden müssen und welche hohe Verantwortlichkeit sie zu tragen haben. Wir glauben nun aber, daß die Petition ihren Zweck nicht erreicht, da nach Ansicht der Bundesregierung das Geld besser verwendet wird, wenn der Norddeutsche Bund zu seinem Schutze (?) einige tausend Soldaten mehr auf den Beinen hat. Darüber aber, daß die Durchführung solcher Ansicht verderblich

ist für die freiheitliche und gesunde Entwicklung eines Staates, verlieren wir kein Wort. Unsere Parteigenossen sind in diesem Punkte sämtlich derselben Meinung. — Wenn nun aber eine solche friedliche Agitation in Form der Bitte für die Postbeamten nicht von der gewünschten Wirkung sein wird, so müssen die Herren Postbeamten einen weniger friedlichen Weg einschlagen und zwar einen allgemeinen Strike in Scene setzen. Wir glauben nun zwar, daß die Herren sich in Masse nicht dieser Ansicht anschließen und sich zu diesem der Bundesregierung sehr unangenehmen Standpunkt erheben werden, aber das behaupten wir, wenn die vereinigten Postsekretäre eine Arbeitseinstellung anfangen, daß sie sicherlich innerhalb weniger Tage die Bundesregierung zwingen würden, ihre gerechten Forderungen zu bewilligen.

Vermischtes.

(Fortwährend der Widdfinn.) Nachdem sich die lächerliche Noth von einer Conferenz zwischen den Abgeordneten Schweiger und Wagener, die im Präsidialzimmer des Reichstages „aberrast“ worden sein sollten, als unwahr herausgestellt hat, schreibt jetzt die „Volkzeitung“, wie folgt:

„Die Herren v. Schweiger und Wagener erklären jetzt öffentlich, daß sie keine trauliche Zusammenkunft im Präsidialzimmer des Reichstages gehabt haben. — Das ist richtig. Die Unterredung fand nicht im Präsidialzimmer, sondern in einem anderen Räume des Hauses statt. Die Verächtigung hinkt also gewaltig.“

Auch dies ist eine Unwahrheit. Nirgends und in keinem Räume des Hauses hat eine Conferenz stattgefunden, und wir fordern die „Volkzeitung“ auf, auch diese Verächtigung ihren Lesern mitzutheilen. Uebrigens wiederholen wir, daß wir solchen Widdfinn in Zukunft unberücksichtigt lassen werden, indem unsere Abgeordneten, wenn es ihnen gut scheint, mit jedem Mitgliede jeder andern Partei beliebige Besprechungen abhalten, und wir daher in der Behauptung, daß solche Unterredungen stattgefunden haben, zwar unter Umständen, wie im vorliegenden Falle, eine Unwahrheit, niemals aber einen Vorwurf erblicken können, selbst wenn die Segur damit einen Vorwurf oder eine Verächtigung beabsichtigt. So hat z. B. Schweiger seit seinem Eintritt in den Reichstag mit hervorragenden Mitgliedern der Fortschritt-, der national-liberalen, der reaktionären und der Volkspartei, kurz aller Parteien längere Besprechungen gehabt, unterhält sich auch mit ihnen jeden Tag öffentlich im Sitzungssaale selbst — und wird dies auch in Zukunft so oft thun, als es ihm gut scheint. Wozu also der Widdfinn?

(Der Wiener Segurkritik) dauert hartnäckig fort. Obgleich die Zeitungen nicht vollständig am Erscheinen gehindert sind, wird den Zeitungsbefehlern beim herannahenden Quartalwechsel der Strike wahrscheinlich so un bequem werden, daß der Sieg der Buchdruckergehilfen erfolgen wird. Die Wiener Buchdruckergehilfen machen die größten Aufregungen, amwärts Segur zu engagieren, auch drohen sie, Frauen in Segurinnen auszubilden zu wollen. Letzteres ist natürlich Schwindel, obgleich der unvermeidliche Herr Franz Dunder in seiner „Volkzeitung“ gegenwärtig für weibliche Segurarbeit zur Verherrlichung von Strikes gewaltige Reklame macht. — Da die Wiener Buchdruckergehilfen gegenwärtig in allen Blättern Schriftsetzer zum Altkorbach „von 22 kr. österr. Währ. per 1000 n“ suchen, so sind wir sehr erfreut gewesen, eine derartige, freilich anonyme Annonce in dem Organ der deutschen Buchdruckergehilfenvereine, dem „Correspondenten“, zu finden. Offenlich wird die Redaktion jenes Blattes von jetzt ab alle Vorsichtsmaßregeln beobachten, um die streikenden Wiener vor Konkurrenz zu schützen.

(Die Reichstagswahl in Woffenbützel und der social-demokratische Herr Spier.) Vor ungefähr Monatsfrist fand in Berlin eine Parteiverammlung der National-liberalen statt. In den Berichten der Bourgeoisblätter über dieselbe waren die dort aufgetretenen Redner sämtlich mit Namen genannt, und nur kam unter ihnen „ein Herr aus Woffenbützel“ vor. Das „Berliner Fremdenblatt“ zeigte in der Liste der angekommenen Fremden in irgend einem Hotel (der Name ist uns entfallen) zur selbigen Zeit den Aufenthalt eines Herrn Spier, Reallehrer aus Woffenbützel an. Jener konnten wir nicht die Zusammengehörigkeit des demokratischen „ehelichen“ Herrn Spier mit der national-liberalen Parteiverammlung in Erfahrung bringen und fielen auch gar nicht auf den Gedanken, daß Herr Spier dieser „Herr aus Woffenbützel“ sein könne. Doch wir wurden durch die jetzt vollzogene Reichstagswahl, in welcher Herr von Kochau (national-liberal) gewählt worden ist, eines Anderen beschert; und zwar dadurch, weil erstens Herr von Kochau die große Zahl von 1400 Stimmen über die absolute Majorität erhalten hat und weil zweitens in dem von den „Christen“ doch wenigstens zum Theil beherrschten Arbeiterstande im Herzogthum Braunschweig gar keine Agitation zu Gunsten eines eigenen Candidaten irgendwie zum Vorschein gekommen ist. Demnach müssen die weisen Arbeiter für den national-liberalen Herrn von Kochau gestimmt haben. Und demnach hat Herr Spier, der „Herr aus Woffenbützel“, einen Vertrag mit den National-liberalen geschlossen und seinen Einfluß auf die Arbeiter ausgiebig für einen National-liberalen zu stimmen. Zu allem Ueberflusse wird uns dies auch von einem Zeitungsberechtigten, der wegen seiner Beziehungen zur national-liberalen Partei in dieser Sache wohl unterrichtet sein muß, ausdrücklich bestätigt. Höchst verwunderlich! Wir sind sehr neugierig die Gründe zu hören, welche den partikularistischen, hiesinger Herrn Spier und seine „eheliche“ Partei zu diesem Schritte angetrieben haben.

— Strike für neunstündige Arbeitszeit. Telegraphisch wird aus Glasgow in Schottland von einem Strike der dortigen Fischer gemeldet. Etwa 1400 Arbeiter stellten die Arbeit ein, weil die Arbeitgeber sich weigerten, 6 1/2 p. pro Stunde zu zahlen und die Arbeitsstunden auf 9 herabzusetzen. Vielleicht die Hälfte der Fischer gehört zu den Gewerksvereinen und erhält aus der Kasse der letzteren wöchentlich 50 Sh. Einzelne von den Fischern haben nachgegeben und mehrere hundert Leute sind noch in Arbeit. Die Mehrheit der Arbeitgeber hat sich bereit erklärt, vom 18. April an die höhere Löhne zu zahlen, weigert sich indessen, kürzere Arbeitsstunden zu gewähren. Die Arbeitseinstellung ist für die Bauherrn und Unternehmer äußerst mißlich.

— (Der neue Roman Garibaldi's). „Die Regierung des Wüchchs“ wird, wie unsere Leser aus dem Annoncenhell der letzten Nummer ersehen haben werden, in einer Bearbeitung von Hans Wachenhusen auch im „Hausfreund“ dem bekannten illustrierten Unterhaltungsblatt, abgedruckt. In den Reichsblättern wird die Buchausgabe vorläufig doch wohl meistens nicht zu haben, bei der Billigkeit des Journals ist daher die Anschaffung des Romans wesentlich erleichtert.

F. R. in W. noch 5 Sgr.
2. in Hamburg: Annonce (zweimal) 24
Herrn B. Fried in Varmen erhalte
Bewußte zu schiden.

Der Agitator

Dieses neue social-demokratische Wochenblatt vom 1. April 1. J. ab, jeden Freitag Abends Das Vierteljahr-Abonnement beträgt 1 Mark. In den zum Nordbund gehörigen Staaten, außer Preußen, so wie im Großherzogthum Hessen, wenn das Blatt an der Post abgeholt wird.

In denselben Ländern, wenn das Blatt von der Post den Abonnenten ins Haus gebracht wird.

In Preußen, auf der Post abgeholt.

In Preußen, von der Post ins Haus gebracht.

Im Süden.

In Berlin findet der Vertrieb per Kreuzband ins Haus geschickt. Es treten die Preise ein:

Für 1 Exemplar

Für 2 oder 3 Exemplare unter derselben Adresse, per Exemplar

Für 4 oder 5 Exemplare unter derselben Adresse, per Exemplar

Für 6 oder mehr Exemplare, unter derselben Adresse, per Exemplar

Der „Agitator“ wird in populärster Form der Arbeiter gegen die herrschende Reaktion macht vertreten; er wird vermöge seiner weitesten Volkskreise Eingang finden können, halt wird unter den Arbeitern die Erkenntnislage mächtig befördern. Der „Agitator“ stimmt überall die große Wahrheit der heutigen Gesellschaft auf der Ausbeutung des Volkes zu Gunsten Weniger beruht und von wahrer politischer und socialer Freiheit kann, wenn der Arbeiter an Stelle des Lohnes den vollen Ertrag seiner Arbeit erhält. Wort: Der „Agitator“ wird unablässig für die arbeitenden Volkes und dadurch die Entwicklung der Menschheit auf Kultur agitieren.

Für Berlin.
Allg. deutsch. Zimmerer-Versammlung

Mittwoch, den 9. März, Abends 8 Uhr in Bades Lokal, Große Frankfurterstr. 10

Tagesordnung:
1) Discussion über die Vertheilung des neuen social-demokratischen Wochenblattes

2) Verschiedenes und Fragekasten.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Für Berlin.
Allg. deutsch. Schuhmacher-Versammlung

Montag, den 7. März, Abends 8 Uhr in Bades Lokal, Große Frankfurterstr. 10

Tagesordnung:
1) Verschiedenes und Fragekasten.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Für Berlin.
Allg. deutsch. ver. Metallarbeiter-Gewerkschaft

Montag, den 7. März, Abends 8 Uhr in Bades Lokal, Große Frankfurterstr. 10

Tagesordnung:
1) Verschiedenes und Fragekasten.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Für Hamburg.
Geschlossene Mitgliederversammlung

Montag, den 7. März, Abends 8 Uhr in Torg's großem Saal, Valentinstadt

Tagesordnung:
1) Wahl des Verbandspräsidenten

2) Verschiedenes und Fragekasten.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Für Altona.
Allg. deutsch. Gewerkschaft der Kürschner und Kappenmacher

Montag, den 7. März, Abends 8 Uhr in Schreiber-Kühn's, Altona

Tagesordnung:
1) Vortrag des Herrn Bräuer über den Verband und die Arbeiterbewegung.

2) Verschiedenes und Fragekasten.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Für Altona.
Geschlossene Versammlung der hiesigen Allgemeinen deutschen Arbeitervereine

Dienstag, den 8. März, Abends 8 Uhr in Wittmad's Salon

Tagesordnung:
1) Vortrag. — Fragekasten. — Innere Angelegenheiten.

Um zahlreiches Erscheinen bitten

Für Hamburg.
Allen Parteigenossen ein herzliches Verlangen nach Nordamerika

Diesigen, welche auf den „Agitator“ mögen ihre Bestellungen beim Unterzeichneten zu lassen. In Altona, den 19. April 1870.